

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
DEZEMBER 2003

**Umfragewerte für Präsident Bush steigen,
10 Jahre NAFTA, Welthandel, Demokraten
basteln an einer neuen außenpolitischen
Strategie, Noam Chomsky kritisiert die
amerikanische Außenpolitik seit 1945,
Strategien für den Guerilla-Krieg im Irak,
Revolte in Bolivien und Neo-Prohibitionisten
auf dem Vormarsch**

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 16. Dezember 2003

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Umfragewerte für Präsident Bush steigen / Dean führt Liga der Demokratischen Herausforderer an, 10 Jahre NAFTA, Welthandel, Demokraten basteln an einer neuen außenpolitischen Strategie, Guerilla-Krieg im Irak. Kurzrezension: Noam Chomsky kritisiert die amerikanische Außenpolitik seit 1945. Revolte in Bolivien und Neo-Prohibitionisten auf dem Vormarsch. Außerdem: Tim Roemer ist der neue Präsident des Center for National Policy

Im Januar wird die Nordamerikanische Freihandelszone zehn Jahre alt. Eine neue Carnegie-Studie bezweifelt den Erfolg der Organisation. Kurz vor der ersten Vorwahl am 19. Januar 2004 kritisieren die Demokraten die Regierung von Präsident Bush vor allem in der Außenpolitik und warten mit eigenen Strategien auf. Noam Chomsky hat ein neues Buch geschrieben. Mit seiner Kritik an der amerikanischen Außenpolitik der vergangenen fünf Jahrzehnte hat Chomsky eine wahre Diskussionswelle in Gang gebracht. Derweil sorgt sich die Regierung um den Wiederaufbau des Irak; die Experten vieler Think Tanks analysieren den Guerillakrieg. In Umfragen legt Präsident Bush zu. Die jüngste Revolte in Bolivien scheint nur der Anfang gewesen zu sein, und in Amerika werden Befürworter prohibitionistischer Maßnahmen stärker. Der frühere Abgeordnete Tim Roemer ist neuer Präsident des Center for National Policy.

**Umfragewerte für Präsident Bush steigen,
Dean führt Liga der Demokratischen Herausforderer an**

In der zweiten Dezemberwoche haben **CNN**, **Gallup** und **USA Today** ihre neuen Umfrageergebnisse für das Rennen um das Weiße Haus bekannt gegeben. Danach wollten 48 Prozent der Amerikaner Präsident **Bush** wieder wählen; 41 Prozent bevorzugten einen Demokraten, 7 Prozent waren noch nicht festgelegt. Damit konnte sich George W. Bush um zwei Prozentpunkte gegenüber der gleichen Umfrage des letzten Monats verbessern. In diese Richtung weisen auch Bushs so genannte „Approval Rates“: 55 Prozent der Amerikaner sind mit der Arbeit ihres Präsidenten einverstanden, 43 Prozent sind es nicht. Gegenüber November ist das eine Verbesserung von 5 Prozentpunkten.

Nach der Verhaftung von Saddam Hussein schnellte die Zustimmung Mitte Dezember 2003 noch weiter nach oben. Präsident Bush konnte wie erwartet von den jüngsten Entwicklungen profitieren und wurde für sein Vorgehen im Irak belohnt: bei 58% der Befragten fand seine Irakpolitik Zustimmung, wobei er sich damit um zehn Prozentpunkte im Vergleich zum Vormonat verbesserte. Die positive Bewertung von Bushs Irakpolitik wirkte sich auch auf seine allgemeinen Umfragewerte aus. Mit 57% Zustimmung konnte Bush sich auch in dieser Kategorie im Vergleich zur Vorwoche verbessern.

Die amerikanische Bevölkerung ist allerdings noch immer tief in der Frage gespalten, ob es sinnvoll war, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen. 53% der Bevölkerung bejaht diese Frage und stimmt damit mit Präsident Bush überein. 42% sind allerdings der Meinung, dass die USA falsch gehandelt haben, indem sie militärisch gegen Hussein vorging. Diese Zahlen blieben im Vergleich zum Vormonat unverändert.

Im Wettlauf um die besten Umfragewerte hat sich bei den Demokratischen Anwärtern auf das Präsidentenamt einiges getan. **Howard Dean**, der frühere Gouverneur Vermonts, konnte seinen Vorsprung ausbauen. 25 statt bislang 17 Prozent der Befragten sähen ihn am liebsten als Bushs Herausforderer. Mit 17 Prozent erhält General a.D. **Wesley Clark** dasselbe Ergebnis wie im November. **Dick Gephardt**, für den es bei der ersten Vorwahl am 19. Januar 2004 in Iowa um fast alles geht, hat geringfügig an Boden verloren. Für den Senator aus Missouri, Iowas Nachbarstaat, sprachen sich 13 statt bislang 14 Prozent der Befragten aus. North Carolinas Senator **John Edwards** verliert einen Prozentpunkt und liegt nun bei 6 Prozent; Massachusetts' Senator **John Kerry** verschlechtert sich von 9 auf 7 Prozent.

<u>Datum d. Umfrage</u>	<u>5. bis 7. Dezember</u>	<u>14. bis 16. November</u>
	%	%
Howard Dean	25	17
Wesley Clark	17	17
Dick Gephardt	14	13
Joe Lieberman	10	13
John Edwards	7	6
John Kerry	7	9
Carol Moseley Braun	5	4
Al Sharpton	3	5
Dennis Kucinich	2	3
Andere/Keiner/k.A.	10	

Quelle: CNN/USA Today/Gallup Poll

Zehn Jahre NAFTA – mit geringer Erfolgsbilanz?

Am 1. Januar 2004 wird **NAFTA**, die Nordamerikanische Freihandelszone, zehn Jahre alt. Im Jahr 1994 war das amerikanisch-kanadische Freihandelsabkommen von 1989, **FTA**, um Mexiko erweitert worden. Durch den stufenweisen Abbau von

Zöllen und Quoten, in einem Zeitraum von 15 Jahren soll die Freihandelszone für Dienstleistungen, gewerbliche Güter und Kapital verwirklicht werden. Jüngst bei einem Treffen in Miami feilten die Handelsminister der westlichen Hemisphäre (außer Kuba) schon an einem Nachfolgeabkommen für NAFTA. Bei der FTAA (Free Trade Area of the Americas), dem Modell der Zukunft, streben alle Länder der Region freien Handel miteinander an. Denn Handel, so gibt es die konventionelle Wirtschaftstheorie vor, führt zu Wachstum und Wachstum mindert Armut. Und, so zeigen es die jüngsten Aufstände in Bolivien, Armutsbekämpfung tut bitter Not in Lateinamerika. Die neue Studie „NAFTA's Promise and Reality“ von **Carnegie Endowment for International Peace** sorgt jetzt für Schlagzeilen (http://www.ceip.org/files/publications/NAFTA_Report_full.asp). Entgegen der offiziellen Auffassung der **Weltbank** schreiben die Autoren **John Audley, Sandra Polaski, Demetrios Papademetriou** und **Scott Vaughan**, dass Mexiko bislang nicht sonderlich vom freien Handel mit den nördlichen Nachbarn profitiert habe. Die versprochenen Arbeitsplätze in den USA und seinem Nachbarn im Süden seien nicht entstanden. In Mexiko hätten aber hunderttausende kleiner Farmer unter dem Abkommen gelitten. Schließlich erhielten sie keine großzügigen Agrarsubventionen von ihrer Regierung. Die Studie verdrängt die bisherige Auffassung, das NAFTA viele Billigjobs in Mexiko entstehen lassen hat. Ähnliches gilt für den Glauben, dass sich die Gehälter in dem Aztekenstaat allmählich denen der Vereinigten Staaten und Kanadas angleichen und damit den eklatanten Einkommensunterschieden, aber auch illegaler Immigration Richtung Norden, entgegen wirken würden.

In Zahlen: Vor NAFTA (1984 bis 1993) wuchs die Beschäftigung in der mexikanischen Landwirtschaft jährlich um zwei Prozent; nach NAFTA (1993 bis 2002) sank sie um denselben jährlichen Prozentsatz. Im Industriebereich gab es vor NAFTA einen jährlichen Zuwachs um sechs Prozent, danach um vier Prozent. Gleiches gilt für den Dienstleistungssektor. Das Fazit der Studie: Freier Handel ist kein Allheilmittel für klägliches Wachstum und mangelnden Wohlstand.

Welthandel – gemeinsame Bemühungen und Streitigkeiten

„Die Weltwirtschaft steht am Scheideweg“, schreibt **C. Fred Bergsten**, Direktor des **Institute of International Economics** unter dem Titel „Should G7 Policy Coordination Be Revived?“

(<http://www.iie.com/publications/papers/bergsten1103.htm>). Zwar gebe es Anzeichen eines Aufschwungs in den USA, Europa und Japan. Doch sicher sei eine Erholung keineswegs. Außerdem sei das globale Wachstum unausgeglichen. Vor allem das amerikanische Handelsdefizit bereite Bergsten Sorgen. Der Weg zur Balance führe nur über einen stark fallenden Dollar – was wiederum unvorteilhaft für Europas Exportnationen sei. Bergsten schlägt daher vor, einem solchen harschen Anpassungsprozess, mithilfe koordinierter Wirtschaftspolitik im Rahmen der G7, aus dem Weg zu gehen. Als Nebeneffekt würden gleichzeitig die verstimmten transatlantischen Beziehungen wieder ins Lot kommen. Bergsten ist zuversichtlich; der Blick auf die vergangenen 30 Jahre zeigt dem Institutsdirektor, dass gemeinsame Bemühungen – besonders die **Plaza-** und **Louvre-Abkommen** – Erfolg versprechen.

Anfang Dezember 2003 hat die **Welthandelsorganisation (WTO)** die **Bush-**Regierung für ihre Stahlzölle gerüffelt und den Handelspartnern, allen voran der EU, Recht gegeben. Die anderen Staaten dürfen nun Vergeltungsmaßnahmen in Höhe ihrer verlorenen Stahlexporte einleiten. Grund genug für das **Progressive Policy Institute** – neben dem neu gegründeten **Center for American Progress** der zweite Demokratische Think Tank in Washington –, die Handelsstreitigkeiten der WTO statistisch aufzubereiten

(http://www.ppionline.org/ppi_ci.cfm?knlgAreaID=108&subsecid=900003&contentid=252204). **GATT**, der Vorläufer der WTO, bestand von 1947 bis 1994 und zählte insgesamt 101 Handelsstreitigkeiten, drei pro Jahr. Die WTO kommt von 1995 bis 2003 auf 302 Dispute, also etwa 35 pro Jahr. Abhängig vom Blickwinkel könne dies zweierlei bedeuten: (a) Die WTO hat zur friedlichen und quasi-juristischen Lösung von Streitigkeiten angeregt; (b) die WTO erleichtert Entschädigungsmaßnahmen.

Jacob Steinfeld, Junior Fellow beim **Trade, Equity, and Development Project** von **Carnegie**, erklärt, warum der praktizierte Freihandel im Ergebnis nicht den Lehren von **Adam Smith**, **David Ricardo** und **Milton Friedman** folge: Die meisten Länder beachtetten nur die Regeln, die ihnen genehm seien. Reiche Länder warteten mit Agrarsubventionen auf, während ärmere Länder nur in der Landwirtschaft Wettbewerbsvorteile hätten. Ärmere Länder hingegen unterliefen Umweltabkommen und andere Standards. Freihandel, so Steinfelds Maßgabe, funktioniert, wenn er

unter Lehrbuchbedingungen abläuft
(<http://www.ceip.org/files/Publications/steinfeldissuebriefnov.asp?p=43&from=pubdate>).
e).

Amerikanische Außenpolitik im neuen Jahrhundert – Demokraten basteln an einer neuen Strategie

Globalisten und Amerikanisten

In einem ausführlichen Aufsatz für die hauseigene Publikation **Brookings Review** analysieren **James Lindsay** und **Ivo Daalder** die “American Foreign Policy for a New Century”. Während des 20. Jahrhunderts habe sich die amerikanische Außenpolitik an geopolitischen Eckpunkten orientiert. Kein Land sollte die strategischen Zentren Europa und Asien allein dominieren dürfen. „9/11“ habe diesem Schema ein Ende bereitet; nun stehe eine Ära der „globalen Politik“ bevor. Amerikas Vorherrschaft – militärisch, wirtschaftlich und kulturell – bleibe auch in der nahen Zukunft unerreicht von anderen Mächten. Jetzt sei es wichtig, diese Dominanz in Einfluss umzuwandeln. Denn große militärische Macht und wirtschaftliche Überlegenheit rufe selbst bei Alliierten Argwohn hervor. Dem könnten die USA entgegenwirken, indem sie nicht nur die eigenen, sondern auch die Interessen ihrer Partner glaubhaft vertreten – so wie nach 1945.

Amerikas außenpolitisches Establishment war schon immer gespalten in **Isolationisten** und **Internationalisten** – mit ihren jeweiligen Untergruppierungen. Daalder und Lindsay teilen eben dieses Establishment nun in **Globalisten** und **Amerikanisten**. Erstere glauben, dass Unilateralismus in Zeiten der Globalisierung nirgendwohin führe und internationale Kooperation groß geschrieben werden sollte. Letztere sehen in Amerikas Vorherrschaft große Vorteile: Freies, uneingeschränktes Handeln im ganz eigenen Interesse würde möglich. Dieses Szenario halten Globalisten wegen der Kräfte der Globalisierung für unmöglich und reden damit dem „dreidimensionalen Macht-Schachbrett“ von Harvards Politikwissenschaftler **Joseph Nye** das Wort: Militärmacht – hier sind die USA unangefochten; Wirtschaftsmacht – hier verteilen sich die Kräfte zwischen Europa, Amerika und Japan; transnationale Beziehungen – diese sind außerhalb der Kontrolle irgendeiner Regierung. Was hieße das für die amerikanische Außenpolitik? Sie müsse, schreiben Lindsay und Daalder, je nach Interessenlage und Situation, unilateral und multilateral sein.

„Kollaps des Bushismus“

Die Demokraten rudern auf allen Seiten, um Präsident George W. Bush außenpolitisch angreifen zu können. Das wird zunehmend schwieriger, denn trotz der Schwierigkeiten im Irak erhält der Präsident von der Bevölkerung sehr hohe Zustimmungsraten für seine Politik (siehe unten). In der neuen Ausgabe von **Blueprint Magazine**, das vom **Progressive Policy Center** herausgegeben wird, ist dennoch die Rede vom „Kollaps des Bushismus“. **Will Marshall**, Präsident des Think Tanks der Demokraten und vornehmlicher Kritiker seines Parteikollegen Howard Dean, versucht, diese These am Beispiel der nationalen Sicherheit zu erklären (<http://www.ppionline.org/ndol/print.cfm?contentid=252199>). Präsident **George W. Bushs** anfängliche Erfolge würden jetzt überschattet durch außenpolitisches Versagen. Für Marshall definiert sich Versagen so: 1) Der Präsident hat es nicht vermocht, die gefährlichen nuklearen Ambitionen Nordkoreas und des Iran im Zaum zu halten; 2) die „Landkarte“ für den Nahen Osten hat nur eine kurze Atempause im blutigen Konflikt zwischen Israel und Palästina geschaffen; 3) nach Anfangserfolgen ist selbst der Krieg gegen den Terror festgefahren – die Attacken der Taliban in Afghanistan werden immer dreister, und zudem ruft Osama Bin Laden seine Anhänger weiterhin auf, Amerikaner zu töten; 4) dem Weißen Haus fehlt es noch immer an einer langfristigen Strategie, um die Gründe für Extremismus (Unterdrückung, Armut, Korruption) zu bekämpfen; 5) auch im eigenen Land ist die Lage nicht rosig. Große Lücken gibt es noch beim Heimatschutz, die Wirtschaft erhole sich zu langsam, und das riesige Handelsdefizit bedroht das gesamte Welthandelssystem. Die Demokraten sollten, so Marshall, hierauf strategisch mit progressivem Internationalismus reagieren.

Das hat eine Gruppe außenpolitischer Köpfe der Demokraten bereits unter dem Titel „Progressive Internationalism: A Democratic National Security Strategy“ vorgeschlagen

(http://www.ppionline.org/documents/Progressive_Internationalism_1003.pdf).

Der Kernpunkt: „Soft Power“ – Handel, Hilfe, multilaterale Institutionen, Menschenrechte und Demokratie – soll die technologisch bestausgerüstete Armee der Welt als außenpolitisches Instrument ergänzen. Die Strategen legen dabei Wert darauf, Amerikas Allianzen wieder zu beleben. Massenvernichtungswaffen sollen nicht in diktatorische Hände fallen. Ausgeglichene Budgets stehen ebenfalls auf der Liste. Aber: Multilateralismus ist nicht Endzweck. Progressive Internationalisten, zu

denen sich auch Will Marshall zählt, stehen im Demokratischen Spektrum auf der linken, zuweilen protektionistischen, pazifistischen und nicht-interventionistischen Seite.

Wesley Clark stellt seine außenpolitische Strategie beim Council on Foreign Relations vor

Wesley Clark, ehemals Oberbefehlshaber der NATO und heute Demokratischer Anwärter auf das Präsidentenamt, hat Ende November eine viel beachtete eigene außenpolitische Strategie präsentiert (<http://www.cfr.org/publication.php?id=6546>). Beim **Council on Foreign Relations** forderte Clark eine „New Atlantic Charter“, die die Beziehungen zwischen den USA und Europa wieder beleben soll. Ebenso wie einst **Winston Churchill** und **Franklin D. Roosevelt** will sich Clark mit den Europäern zusammensetzen, um eine Charta auszuarbeiten, die der NATO Vorrang bei der Bewältigung von internationalen Problemen gibt. Clark kritisierte die Präventivschlag-Politik der Regierung von **George W. Bush** und berief sich auf „vorbeugendes Engagement“ in Krisenregionen. Der Präsidentschaftskandidat setzt hier vor allem auf Diplomatie, Handel und Völkerrecht. Als absolut letztes Mittel sieht er multilaterale militärische Aktionen. Im Nahen Osten würde sich Clark stärker engagieren und der „Roadmap“ neues Leben einhauchen. Mit Nordkorea wolle er direkt verhandeln und nicht den Umweg über Peking gehen. Für den Iran bevorzuge er den europäischen Ansatz des stärkeren wirtschaftlichen Engagements, um Teheran von seinen Nuklearplänen abzubringen.

Strategien für den Guerilla-Krieg im Irak

Während sich viele Demokraten um eine neue außenpolitische Strategie Gedanken machen, fordert das tägliche Geschäft Tribut. Täglich neue Meldungen von Angriffen auf Amerikaner und ihre Verbündeten im Irak lassen die Analysten nach Ursachen und Strategien suchen. „Guerillakämpfe definieren den weltweiten Anti-Terror-Krieg“, schreiben **Thomas Donnelly** und **Vance Serchuk** vom **American Enterprise Institute** unter dem Titel „Fighting a Global Countersurgency“ (http://www.aei.org/publications/pubID.19546,filter./pub_detail.asp). Der Irak sei dabei nur die zentrale Front eines viel größeren Konflikts, und das Pentagon müsse verstehen, dass es sich hier um „kleine“ und nicht um „große Kriege“ handele. Um dieser Herausforderung – offenes Ende, kleine Aufstände in der gesamten

muslimischen Welt – zu begegnen, bedürfe es einer neuen, transformierten Militärstrategie. Obwohl die USA schon oft in solche „kleinen Kriege“ eingebunden gewesen seien, hätten sie diese nicht als solche erkannt. Die Kriegsführung sei noch immer in den Erfahrungen der beiden Weltkriege und des Koreakriegs verankert. Zwar besäße Amerika die Fähigkeiten, Diktatoren zu entmachten, große Armeen zu zerstören und Wirtschaftskraft zu entfalten, doch hapere es daran, auf Guerilla-Aktivitäten zu reagieren. Guerillas seien keine klar zu definierende Macht. Statt einer „Massenarmee“ sollte das Pentagon auf eine vielfältig einsetzbare Militärmaschinerie setzen, die sich in kämpferischen Aktionen ebenso zurechtfindet wie in politischer Agitation und humanitärer Hilfe.

Bruce Berkowitz von der **Hoover Institution**, der einstigen Wirkstätte der nationalen Sicherheitsberaterin **Condoleezza Rice**, fragt, ob die USA „mehr“ oder „andere“ Truppen brauchten (<http://www-hoover.stanford.edu/pubaffairs/we/2003/berkowitz12.html>). Kritiker mahnten, es bedürfe weiterer Kampftruppen im Irak, doch nicht Kampf, so Berkowitz, sondern *Peacekeeping* und *Nation-Building* stünden ganz oben auf der Agenda. Das Problem: In Amerika gebe es zwar für diese Aufgaben ausgebildete Kräfte, doch seien diese zu über 90 Prozent Reservisten. Das Zahlenspiel des Pentagon sieht so aus: Im nächsten Jahr sollen noch 105.000 Soldaten im Irak stationiert sein – 25.000 weniger als momentan. Ein Drittel davon wären Reservisten– dreimal so viele wie jetzt. Die Zeiten, so prophezeit Berkowitz, hätten sich geändert. Heute dauerten Kampfeinsätze nur noch kurze Zeit. Das „Nach-dem-Krieg“ hingegen könne zehnmal so lange dauern – eine Situation, die den ausgebildeten Reservisten auf Dauer nicht zugemutet werden dürfe. Die Militärausgaben müssten somit erhöht werden. Alternativ könne man sich auf die **Vereinten Nationen** oder andere Staaten verlassen.

Beim Thema Kriegsführung fragt **Dana Robert Dillon** vom **Asian Studies Center** der **Heritage Foundation**: „Können die Guerillas siegen?“ (<http://www.heritage.org/Press/Commentary/?RenderforPrint=1>). Dillons Antwort: „Wir sind einem Sieg näher, als man meinen könnte.“ Derzeit verfügten die irakischen Baathisten über etwa 5000 aktive Guerilla-Kämpfer und 50.000 Sympathisanten. Es mangle den Guerillas dabei weder an Waffen noch an Geld –

einem jungen Mann würden sie bis zu \$5.000 für eine Attacke auf amerikanische Streitkräfte zahlen. Was den Baathisten allerdings fehle, seien populäre Unterstützung und Infrastruktur. Die Guerillas setzten sich vor allem aus ehemaligen Mitgliedern der Baath-Partei und anderen Loyalen **Saddam Husseins** zusammen; fast alle gehörten der sunnitischen Minderheit an, die etwa ein Fünftel des irakischen Volkes ausmacht. Umfragewerte der **Bagdader Universität** zeigten: 71,5 Prozent aller Iraker befürworten die derzeitige Okkupation. Den Guerillas dürfte es daher schwer fallen, sich außerhalb der unter Saddam bevorzugten Sunniten zu rekrutieren. Dillon schaut optimistisch in die Zukunft: Je mehr Erfahrung die Amerikaner gewännen und je mehr irakische Kräfte in den Kampf gegen die Guerillas einbezogen würden, desto leichter werde es, die Widerständler zu besiegen.

Im aktuellen **Arab Reform Bulletin**, monatlich herausgegeben von der **Carnegie Endowment for International Peace**, analysiert **Judith Yaphe** vom **Institute for National Strategic Studies der National Defense University** in Washington die Rolle der Sunniten im Irak (<http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-11-15.asp?p=1&from=pubdate#toc#toc>). Seit dem Sturz **Saddam Husseins** sei die sunnitische Minderheit dämonisiert worden. Dabei habe diese Gruppe die Institutionen von Politik, Militär und Bildung im Irak schon seit den 1920ern dominiert. 2003 hätten sie einen dramatischen Machtverlust erlitten; bislang würden sie von sämtlichen Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen. Die starke Opposition gegenüber den USA und ihren Alliierten sowie die Unterstützung der Guerilla sei somit wenig verwunderlich, lasse sich aber durch die verstärkte Einbindung der Sunniten in die Gesellschaft verhindern.

Kurzrezension: Noam Chomsky meldet sich mit einer harschen Kritik an der amerikanischen Außenpolitik seit 1945 zurück

“Read Chomsky!” ist für viele Studenten der liberalen Ostküsten-Colleges zum Dogma geworden. Seit Jahrzehnten verzierern sie ihre Hefter und Autos mit Aufklebern, die eben dazu aufrufen: Chomsky lesen!

In diesen Tagen meldet sich Noam Chomsky, der weltberühmte Linguist, der eigentliche Begründer der Disziplin, wie sie heute existiert, mit der These zurück, dass das menschliche Überleben auf dem Spiel steht. „Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance (The American Empire Project)” ist eine vernichtende Kritik an der amerikanischen Außenpolitik seit 1945. In Chomskys

Worten: „Kein amerikanischer Präsident dieser Zeit wäre, beurteilt nach den Prinzipien von Nürnberg, dem Galgen entkommen.“ Chomskys Weltbild ist düster: Pausenlos bombe und terrorisiere eine kleine amerikanische Elite, im Namen von Freiheit und Marktanteilen. Bono, der Sänger der irischen Pop-Band U2, nennt Chomsky dafür den „Elvis of Academia“. Für den *New Yorker* ist Chomsky der „Buchhalter des Teufels“, der sorgfältig die Opfer zählt, die Amerikas „Suche nach globaler Hegemonie“ fordert.

Nun ist Chomsky kein Populist vom Format eines Michael Moore oder Christopher Hitchens (seinem einstigen Fürsprecher, mit dem er im vergangenen Jahr auf den Seiten der linksliberalen *Nation* eine Debatte über das Post-9/11-Amerika geführt hat, die noch immer für hitzige Diskussionen sorgt). Der 73-jährige emeritierte Professor des Massachusetts Institute of Technology, das sich selbst als „Amerikas Ideenfabrik“ feiert, gilt als der prominenteste intellektuelle Dissident des Westens. 30 Jahre hat er an diesem Ruf gearbeitet – als unerbitterter Kritiker der amerikanischen Außenpolitik, der Globalisierung, der Welthandelsorganisation und der (amerikanischen) Massenmedien. Alles Haus- und Hofthemen der Linken. „Hegemony or Survival“ erklärt das „Manifest Destiny“ mit umgekehrten Vorzeichen. Die Vereinigten Staaten seien danach alles andere als die letzte Bastion liberaler Werte, sondern ein Land, das regiert werde von einer neo-konservativen Koalition, die einzig ihre wirtschaftlichen Interessen verfolge. Skrupellos habe diese Koalition die Institutionen Amerikas gekidnappt, und zwar so erfolgreich, dass sie nun Krieg führen könne, wo sie wolle, ohne dass Proteste Aussicht auf Erfolg hätten. Die Auffassung, dass die amerikanische Gesellschaftsform die einzig erstrebenswerte sei und somit dem Rest der Welt diktiert werden müsse, empfindet Chomsky als arrogant, denn sie negiere die Vorteile anderer Organisationsformen, seien sie traditionell, islamisch, sozialistisch oder was auch immer. Hier beginnt die eigentliche Argumentation des Linguistik-Experten, denn er zeigt ein erschütterndes Bild amerikanischer Interventionen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Allzu oft hätten die USA aus Eigeninteresse gehandelt und darüber ihre eigenen Ideale vergessen. Chomsky fragt, welche Freiheiten Amerika schützen wollte, als Ronald Reagans Administration den Terrorismus der Contras gegen die Regierung der Sandinisten in Nicaragua unterstützte. Ähnliches gelte seit den frühen 1960ern für so viele lateinamerikanische Diktatoren mit abstoßenden Menschenrechtsdossiers.

Hinzu komme die aktuelle Nationale Sicherheitsstrategie, die jegliche Einbindung der internationalen Gemeinschaft verhindere; weder die Charta der Vereinten Nationen noch das Völkerrecht fänden darin Erwähnung. Für Amerika seien die Vereinten Nationen lediglich, wie der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama meint, „ein Instrument des amerikanischen Unilateralismus“. Chomsky zitiert die Fälle, die der Weltgemeinschaft noch in den Gliedern stecken: Verweigerung gegenüber dem Kyoto-Protokoll, dem internationalen Strafgerichtshof usw. Erst sei der irakische Diktator Saddam Hussein hofiert worden – die Menschenrechtsverletzungen im Irak spielten keine Rolle –, dann überschritt der Herrscher des Zweistromlands eine Grenze, indem er Kuwait überfiel. Fortan hätten die USA (sowie ihre zahlreichen Alliierten) den Diktator dämonisiert. Chomsky kritisiert bereits den ersten Golfkrieg Anfang der 1990er, den er mit der Bombardierung eines gekidnappten Busses vergleicht. Den diesjährigen Irakkrieg attackiert Chomsky als Unterminierung der eigenen amerikanischen Demokratie. Während die Regierungen von Ländern, die sich nicht an die Seite der Amerikaner gestellt hatten, mit ihrer Kriegsgegnerschaft dem Volkswillen entsprochen hätten, sei Washington ohne jegliche Autorisierung in den Krieg gezogen. Was technisch gesehen nicht stimmt, da der amerikanische Kongress Präsident Bush einwandfrei das Recht zum Krieg in die Hände gegeben hatte. Wobei es gerade jetzt unglaublich scheint, wenn führende Demokraten ihre Entscheidung vom Oktober 2002 bezweifeln, weil ihnen nicht ausreichend Informationen zur Verfügung gestanden hätten. Das kann schon angesichts der Struktur des Kongresses nicht ganz richtig sein. Schließlich sitzt beispielsweise John Kerry, Senator aus Massachusetts und Herausforderer von Bush in der nächsten Präsidentschaftswahl, schon seit Jahrzehnten im elitären, als allwissend geltenden Außenpolitischen Komitee des Senats. Nun, Chomsky spricht nicht für die Demokratische Partei.

Eines hat der „intellektuelle Aktivist“ seinen Autorenkollegen auf der linken Seite des Büchertischs voraus: Der Professor vermittelt glaubhaft, dass blindes Vertrauen nicht ausreicht. Auch das mächtigste Land der Welt muss verantwortlich gemacht werden können. Einer von Chomskys Lebensgrundsätzen lautet: Verantwortung wächst durch Privilegien. Privilegiert sind für Chomsky die westlichen Demokratien; sie tragen Verantwortung für Gesellschaften, die Privilegien wie Demokratie, Freiheit und Wohlstand nicht kennen. Das Manifest Destiny – gemäß

der heutigen Zeit demokratisch aufgepöppelt – bekommt damit wieder die richtigen Vorzeichen.

Noam Chomsky, *Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance (The American Empire Project)*, 2003.

Revolte in Bolivien

Im aktuellen **Latin America Outlook** geht **Mark Falcoff**, Lateinamerika-Experte des **American Enterprise Institutes**, der jüngsten Revolte in Bolivien auf den Grund. Das Ergebnis der Analyse hält Falcoff schon in der Überschrift fest: „A Revolt That Leads Nowhere“

(http://www.aei.org/publications/pubID.19541,filter./pub_detail.asp).

Nach wochenlangen Protesten war Präsident **Gonzalo Sánchez de Lozada** am 17. Oktober gestürzt worden. „Seinem Nachfolger, dem früheren Vizepräsidenten **Carlos Mesa**, droht nun das gleiche Schicksal“, schreibt Falcoff. Die Ursachen reichten zurück bis in das Jahr 1952, als im Zuge einer sozialen Revolution die Zinnminen des Landes nationalisiert worden waren; eine Agrarreform hatte die großen Haciendas in kleine Familienfarmen aufgeteilt. Zwar hätten beide Neuerungen die bis dato tief gespaltene bolivianische Gesellschaft eine Zeitlang vereint und vor dem Guerilla-Marxismus gefeit, der damals in vielen Nachbarstaaten getobt habe. Doch stabiles Wachstum habe es nicht gegeben. Bolivien gehört bis heute zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas. Ausländisches Kapital, so Falcoff, wird auch hier gleichgesetzt mit Imperialismus. Weil weder Minen noch Landwirtschaft ertragreich gewesen seien, habe sich die Mehrzahl der Bauern dem Anbau von Cocapflanzen verschrieben, was vor allem den USA ein Dorn im Auge gewesen sei. Schon bald folgten die aus Kolumbien bekannten „Drogen-Ausmerzungsprogramme“ der Amerikaner. Dabei besprühen Flugzeuge die Cocafelder mit Gift. Für die arme Landbevölkerung seien solche Maßnahmen katastrophal – Revolten ließen sich hier leicht schüren. Während des jüngsten Aufstands spielte Erdgas eine wichtige Rolle. Die Regierung Lozada hatte dem Konsortium Pacific LNG und REPSOL die Kontrolle über die umfangreichen Ressourcen, zum Preis von jährlich \$ 500 Millionen, geben wollen. Lozada hatte versprochen, die Einnahmen ausschließlich für soziale und Entwicklungsprojekte zu verwenden. Die Führer der Revolte, **Felipe Quispe** und **Evo Morales**, zwei indianische Politiker, hätten die bereits beträchtliche Ablehnung von Fremdinvestoren noch verstärkt. Beide, Quispe und Morales, warteten mit ähnlichen

Argumenten gegen Washington auf wie **Fidel Castro** und **Hugo Chavez**. Weshalb, so Falcoff, die jüngste Revolution wohl nicht die letzte gewesen sei. Allerdings, die USA hätten zurzeit Wichtigeres zu tun, als ihre Aufmerksamkeit auf Bolivien zu richten.

70 Jahre nach dem Ende der Prohibition: Neo-Prohibitionisten auf dem Vormarsch?

In diesem Monat jährt sich der Jahrestag der **21. Verfassungsergänzung**, dem Ende der Prohibition, zum 70. Mal. Im Jahre 1920 hatte Präsident **Woodrow Wilson** das **18. Amendment**, das Verbot von Alkoholhandel, unterzeichnet. Das Experiment der „staatliche forcierten Moral“ scheiterte, schreibt **Radley Balko** vom **CATO Institute** (<http://www.cato.org/pubs/pas/pa501.pdf>). „Alkoholmissbrauch stieg, zivile Freiheiten und Steuerdollars fielen der Prohibition zum Opfer.“ In seinem Wahlkampf versprach **Franklin D. Roosevelt**, das Alkoholverbot so schnell wie möglich aufzuheben. Heute gibt es in Amerika eine weit angelegte Bewegung von „Neo-Prohibitionisten“. Ihr Ziel sei es, den Alkoholverbrauch durch Steuern, Werbeverbot und andere Maßnahmen zu verringern. Balko nennt dies einen „neuen Krieg gegen soziales Trinken“ und warnt die Legislatoren davor, solche Bemühungen Gesetz werden zu lassen, schließlich brächten Maßnahmen, die persönliche Freiheiten begrenzten, ungeahnte Kosten mit sich.

What's New?

Tim Roemer neuer Präsident des Center for National Policy

Bis vor wenigen Monaten präsentiere **Tim Roemer** den dritten Wahlkreis des Bundesstaates Indiana als Abgeordneter in Washington. Jetzt hat ihn der Aufsichtsrat des **Center for National Policy** zu seinem Präsidenten gemacht. Seinen Sitz in der **National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States** wird der Demokrat Roemer ebenso behalten wie seinen Lehrstuhl an der **George Mason University**. Roemer löst **Maureen Steinbruner** ab. Auch die frühere Außenministerin **Madeleine Albright** wirkte schon auf diesem Posten.

Das Center for National Policy hatte 1981 eine Gruppe früherer Regierungsmitarbeiter wie **Edmund Muskie** und **Cyrus Vance** gegründet. Im

Zentrum der Arbeit stehen Themen wie Bildungsreform, Gesundheitswesen, Handelspolitik und das internationale Engagement der Vereinigten Staaten.

Bibliographie

John Audley, Sandra Polaski, Demetrios Papademetriou und Scott Vaughan, NAFTA's Promise and Reality. Lessons from Mexico for the Hemisphere, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, Dezember 2003. Onlineversion: http://www.ceip.org/files/publications/NAFTA_Report_full.asp.

Radley Balko, Back Door to Prohibition. The New War on Social Drinking, Washington, DC, CATO Institute, Dezember 2003, Onlineversion: <http://www.cato.org/pubs/pas/pa501.pdf>.

C. Fred Bergsten, Should G7 Policy Coordination Be Revived?, Washington, DC, Institute for International Economics, Dezember 2003, Onlineversion: <http://www.iie.com/publications/papers/bergsten1103.htm>.

Bruce Berkowitz, Do We Need More Troops or Different Troops?, Stanford, Hoover Institution, Dezember 2003. Onlineversion: <http://www-hoover.stanford.edu/pubaffairs/we/2003/berkowitz12.html>.

Noam Chomsky, Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance (The American Empire Project), 2003.

Dana Robert Dillon, Can The Guerillas Win?, Washington, DC, Heritage Foundation, Dezember 2003, Onlineversion: <http://www.heritage.org/Press/Commentary/?RenderforPrint=1>.

Thomas Donnelly und Vance Serchuk, Fighting a Global Countersurgency, AEI National Security Outlook, Washington, DC, Dezember 2003, Onlineversion: http://www.aei.org/publications/pubID.19546,filter./pub_detail.asp.

Marc Falcoff, A Revolt That Leads Nowhere, AEI Latin American Outlook, Washington, DC, American Enterprise Institute, Dezember 2003, Onlineversion: http://www.aei.org/publications/pubID.19541,filter./pub_detail.asp.

James M. Lindsay und Ivo H. Daalder, The Globalization of Politics: American Foreign Policy for a New Century, Brookings Review Winter 2003.

Will Marshall, The National Security Case Against Goerge W. Bush, Blueprint Magazine, November 2003, Onlineversion: <http://www.ppionline.org/ndol/print.cfm?contentid=252199>.

Progressive Policy Institute, The WTO Has Handled 302 Trade Disputes Since 1995, Washington, DC, PPI, Dezember 2003. Onlineversion: http://www.ppionline.org/ppi_ci.cfm?knlgAreaID=108&subsecid=900003&contentid=252204.

Jacob Steinfeld, Free Trade: Win-win?, CEIP Issue Brief, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, November 2003. Onlineversion: <http://www.ceip.org/files/Publications/steinfeldissuebriefnov.asp?p=43&from=pubdate>.

Judith Yaphe, Iraq's Sunni Arabs: Part of the Past, Part of the Future?, Carnegie Arab Reform Bulletin November 2003, Volume 1, Nr. 5, Onlineversion:
<http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-11-15.asp?p=1&from=pubdate#toc#toc>.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 16. Dezember 2003